



Stettiner

Beitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 15. Juli 1885.

Nr. 324.

Deutschland.

Berlin, 14. Juli. In seiner letzten Sitzung, am 4. d. M., hat sich der Bundesrat auf einen bestimmten Tag, den 15. September, vertragt. Ein solcher Schluß mit einem genau angegebenen Termin ist bisher nur einmal, vor vier Jahren erfolgt, als der Bundesrat durch kaiserliche Vollmacht bis zum 15. Oktober geschlossen wurde. Eine solche Vertragung erwies sich jedoch nicht als praktisch, da bei den vielseitigen Besprechungen und Diskussionen des Bundesrates sich jeder Zeit eine Berufung notwendig machen kann. Man lehrte daher zu dem früheren Brauche einer stillschweigenden Vertragung zurück und ist nur in diesem Jahre davon abgewichen, da der Bundesrat die am 1. Oktober in Anwendung kommenden Ausführungs-Bestimmungen zum Börsensteuer-Gesetz genehmigt und außerdem noch Beschlüsse zu der Ausführung der Unfallversicherung zu fassen, sowie die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin-Potsdam, Hamburg und Altona bis 30. September 1886 auszusprechen hat. In den zuständigen Behörden sind nun die betreffenden Vorarbeiten soweit vorgeschritten, daß man die betreffenden Vorlagen bis zum festgesetzten Termine fertigstellen kann, andererseits ließ sich aber die Einberufung nicht wohl über den 15. September hinausschieben. Nach Erledigung der genannten dringlichen Aufgaben dürfte der Bundesrat noch einige Wochen pausieren. Die am 4. Juli geschlossene Session des Bundesrates begann am 18. September 1884, und zwar wegen des Beschlusses des Reichstages über eine nochmalige zweijährige Verlängerung des Sozialistengesetzes von 1878. Es mußten die Ausnahme-Maßregeln über Berlin, Hamburg und Altona, welche am 30. September 1884 außer Kraft getreten wären, verlängert werden. In den darauf folgenden neun Monaten hielt der Bundesrat im Ganzen zweitundvierzig Plenarsitzungen, auch entwickelten die Ausschüsse eine rege Tätigkeit, abgesehen von den Anforderungen, welche die arbeitsamste Session des Reichstages an die Bevollmächtigten stellte. Von den Aenderungen im Personalstande des Bundesrates sind zu erwähnen: die Ernennung der vier preußischen Staatsminister, v. Puttkamer, Dr. Lucius, v. Gossler und Graf v. Hatzfeldt, so wie der Tod der stimmsührenden Bevollmächtigten Sachsen und Braunschweigs v. Nostiz-Wallwitz und v. Liebe, so wie deren Ersatz durch Graf v. Hohenthal und Freiherrn von Gramm-Burgdorf. Das Mandat der braunschweigischen Bevollmächtigten wurde nach dem Aussterben des herzoglichen Hauses Braunschweig als fortbauernd anerkannt. Von dem dem Bundesrat zugegangenen Material ist diesmal außerordentlich wenig unerledigt geblieben;namlich solche Entwürfe, welche in allerleiter Zeit eingingen, wie Antrag Bremens über die Korrektion der Unterweiser, Abänderung und Ergänzung des Eisenbahn-Polizei Reglements und Abänderung der Eisenbahn-Signal-Ordnung. In der abgelaufenen Session wurde auch der Entwurf eines internationalen Transportrechts, der schon vor mehreren Jahren eingegangen war, genehmigt, nachdem die von Deutschland vorgeschlagenen Abänderungen bei den übrigen beteiligten Mächten Zustimmung gefunden hatten.

Über die preußischen Staatsarbeiten für 1886–1887 ist zu melden, daß die Spezialabteilungen in den Ressortministerien im Juni vorbereitet und bis zum 1. Juli dem Finanzministerium eingereicht worden sind. Insbesondere wurde die Unterlage der für den Staatshaushaltsetat für 1886–87 von den einzelnen Ministerien zu stellenden Mehrforderungen beschafft und so dem Finanzminister die sichere Beurtheilung sowohl des Bedürfnisses an sich, als im Verhältniß zu den disponiblen Mitteln ermöglicht. Dies gilt sowohl von dem Mehrbedarf, welcher im Ordinarium eintritt, als insbesondere von dem ganzen Extraordinarium. Nunmehr werden die Unterhandlungen über die Staatsaufstellungen zwischen dem Finanzministerium einerseits und den einzelnen Fachministerien, andererseits beginnen. Ein Theil der Bedeutung des Finanzministers gegen die Aufstellungen der Ressortministerien wird im Korrespondenzwege mit den letzteren erledigt werden, und ein anderer wichtiger Theil mündlichen Verhandlungen zwischen Kommissionen des Finanzministers und den betreffenden Ressorts vorbehalten bleiben. Diese Ver-

handlungen ziehen sich in der Regel bis Anfang September hin, zu welchem Zeitpunkte an der Hand der alsdann vorliegenden Verwaltungs-Resultate der ersten vier Monate des laufenden Staatsjahres eine annähernd sichere Veranschlagung der Einnahmen für das folgende Staatsjahr und die Aufstellung einer Bilanz der veranschlagten Einnahmen und Ausgaben erfolgen kann. Erst gegen Mitte September läßt sich genau übersehen, ob die Ausgaben mit den Einnahmen für das nächste Staatsjahr ins Gleichgewicht gebracht werden können.

Über die deutsche Teppichfabrikation bringt der jüngste Bericht des englischen Generalkonsuls in Liverpool bemerkenswerte Mittheilungen. Er weist darauf hin, daß die englischen Teppichfabrikanten mit wachsamem Auge die Anstrengungen der deutschen Konkurrenz verfolgen. Doch ist man in England der Ansicht, daß, so lange die Deutschen genötigt sind, die zur Erzeugung von billigen Teppichen (hauptsächlich für deren Kehrseite) erforderlichen Garne, sowie auch die Schußgarne von England zu beziehen, ihre Bemühungen von keinem großen Erfolge begleitet sein können, da die fraglichen Garne, trotzdem Zoll und Transportkosten deren Preis bei der Einfuhr in Deutschland um 40 % erhöhen, noch immer billiger zu leben kommen, als die deutschen. Deshalb werde Deutschland, so lange es sich nicht in Betreff dieser Sorte von Garnen von England emanzipiert, mit letzterem Larve in den billigeren Teppichen nicht rivalisieren können. „Hingegen, heißt es weiter, hat Deutschland in den kostspieligen Teppichen Fortschritte gemacht, und der Export dahin verminderde sich allmälig so, daß dasselbe jetzt kaum einen Wert von 50,000 £ repräsentirt. Auch soll Deutschland in der Erzeugung von Stoffen aus Jute große Fortschritte gemacht haben und den englischen Erzeugnissen vollkommen gewachsen sein. Obgleich die Artikel von untergeordneter Sorte sind, so sagt man doch, daß sie mit viel Geschick und gutem Geschmack hergestellt seien und die Vorhänge, Tischdecken, Schuhdecken u. s. w., welche meistens aus einem einfarbigen braunen Stoffe mit farbigem Rand oder Fransen bestehend, nach England gesandt wurden, haben viel Anhang gefunden. Die zu Dundee in Schottland, dem Sitz dieses Industriezweiges, fabrizirten ähnlichen Artikel glänzen allerdings in Farben, aber was Geschmack betrifft, stehen sie nach Ansicht von Fachleuten den deutschen nach.“

Noch vor wenigen Jahren konnte man in Österreich vielfach die pharisäisch-hochmütige Phrase hören, in diesem von der Natur so reich gesegneten Lande sei der Sozialismus eine absolute Unmöglichkeit. Die bereits von uns gemelbten Arbeiterunruhen in Trebitsch (Mähren) liefern einen neuen Beweis dafür, daß der Sozialismus in Österreich eine Ausdehnung gewonnen habe, die auch die kleineren Städte und das platt Land umfaßt. Die neueste Meldung aus Brünn lautet:

In Trebitsch wurden gestern (13.) Morgens zwei aus Wien ausgewiesene Sozialisten, Chlumsky und Horal, verhaftet. Am Abend versammelten sich etwa 2000 Arbeiter vor dem Gefängnis und versuchten gewaltsam die Verhafteten zu befreien. Die Gendarmerie schritt ein, die Arbeiter leisteten energischen Widerstand und waren mit Steinen. Es erfolgte ein heftiger Zusammenstoß, wobei die Gendarmen von den Waffen Gebrauch machten und zahlreiche Arbeiter verwundeten. Die Unruhen dauerten längere Zeit. Erst in später Abendstunde wurde die Ruhe wieder hergestellt. Aus Igau wurde Militär requirirt. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Auch an mehreren Privathäusern schlugen die Arbeiter die Fenster ein. Die Aufregung in Trebitsch ist eine sehr große.

Über die Ursachen dieser Unruhen liegen merkwürdiger Weise bisher keine Nachrichten vor.

Über die für die Entwicklung der kirchenpolitischen Frage in Deutschland so überaus wichtigen Paderborner Vorgänge ist es augenblicklich unmöglich, sich ein sicheres Urtheil zu bilden. Die Behauptungen und Dementis in den Zeitungen lösen sich beständig ab. Die „Kreuzzeitung“ hält ihre Nachricht von der demnächstigen Wiedereröffnung der philosophisch-theologischen Lehramskalt und des Priesterseminars in Paderborn aufrecht, während die Behauptung von einer ausdrücklichen

Zurückziehung des Februarerlasses nun wohl allseitig aufgegeben ist. Die bischöfliche Behörde selbst hält sich allen Anzapfungen klerikal Blätter gegenüber in vollständiges Stillschweigen. Die römischen klerikalen Blätter beziehen ihre Nachrichten aus denselben unlauteren Quellen wie die deutschen. Kurz, die Thatsachen sicher zu stellen, ist augenblicklich trotz der Ungebühr der ultramontanen Hezblätter noch nicht möglich.

Zur Frage des „Anwaltzwanges“ wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben:

Ein unzweifelhaftes Bedürfnis nach Aufhebung des Anwaltzwanges besteht für den Fall, daß der Kläger zum Armenrecht verpflichtet ist. Denn da dies nur dann der Fall sein kann, wenn der Kläger eben arm ist, so wird die Gegenseite, selbst wenn sie den Prozeß gewinnt, durch den Anwaltzwang stets in Unkosten gestürzt, denn sie wird ihren Anwalt selbst bezahlen müssen, weil der Gegner, wenngleich er, trotz Verstärkung zum Armenrecht, zwar rechtlich zur Erstattung der Kosten des gegnerischen Anwalts verpflichtet ist, tatsächlich in den meisten Fällen dazu nicht im Stande sein wird. Hier wird also die siegende Partei durch den Anwaltzwang direkt geschädigt, und kann diesen Schaden in keiner Weise abwenden. Ebenso scheint es uns ganz unabdinglich, daß der Anwaltzwang in allen Wechselsachen völlig entbehrließlich ist, da diese Sachen bei der gesetzlichen Beschränkung der zulässigen Einreden so einfach sind, daß wer überhaupt weiß, was ein Wechsel ist, auch verstehen wird den Anspruch daran vor Gericht zu vertreten. Ganz besondere Beachtung verdient aber der in der Sitzung der juristischen Gesellschaft gemachte Vorschlag, den Anwaltzwang überhaupt erst eintreten zu lassen, wenn der Prozeß kontraktorial wird, d. h. der Beklagte Einwendungen erhebt, nur muß hier der Gleichmäßigkeit wegen gefordert werden, daß alsdann es nicht, wie dort vorgeschlagen wurde, ins Belieben des Richters gestellt wird, die Vertretung durch Anwälte anzuordnen, sondern daß dieselbe unbedingt anzuordnen ist, sobald Einreden erhoben werden. Denn eine faktulative Befreiung des Richters könnte, da die Gerechtigkeit, die mitunter weitreichenden Ausführungen der Parteien mitanzuhören und den juristischen Kern aus denselben herauszuschälen, bei den Richtern eine verschlechte ist, leicht dazu führen, bei den einzelnen Zivilkammern in dieser Beziehung eine verschiedene Praxis und damit Rechtsungleichheit herbeizuführen. Die Frage, ob sich der Anwaltzwang überhaupt in praxi als eine nützliche Institution bewährt habe, ließe sich übrigens wohl nur entscheiden, wenn von allen Zivilkammern im Gültigkeitsbereiche der Zivilprozeßordnung gutachtliche Neuheuerungen vorlägen, wobei natürlich die Gutachten aus den Gebieten, in welchen früher Anwaltzwang nicht herrschte, eine besondere Bedeutung verdienten.

Angesichts des Interesses, welches sich jetzt mehrfach für die Errichtung wohlfühler Arbeitervorhöfe zu zeigen beginnt, ist die Haltung der sozialdemokratischen Presse, soweit in Deutschland selbst von einer solchen gegenwärtig die Rede sein kann, höchst belehrend. Das „Berliner Volksblatt“ eifert gegen den Gedanken, als ob es das Schlimmste bedeute, was den Arbeitern widerfahren könnte. Der Grund liegt nahe. Die sozialdemokratischen Führer leben fast ausschließlich von der Unzufriedenheit der Massen mit den bestehenden Zuständen; soweit sie Arbeiter gewesen sind, haben sie ihre ursprüngliche Tätigkeit aufgegeben und sind Publizisten oder Händler geworden, wobei sie das vergleichsweise mühselose Tafelgeschäft jedem anderen vorziehen scheinen. Beides geht gut, so lange die Arbeiter nicht nur an die sozialistischen Lehren glauben, sondern auch der Meinung sind, daß dieselben auf dem von den lebigen Führern bezeichneten Wege zur Durchführung gelangen könnten; es würde nicht mehr gut gehen oder doch nicht mehr so gut als jetzt, wenn die Massen die Erfahrung machen, daß es auch noch andere und zwar praktischere Wege giebt. Dass aber die Wohnungfrage hier eine Hauptrolle spielt, unterlegt keinem Zweifel. Der Arbeiter, der ein eigenes Häuschen mit einem kleinen Garten allmäßig als Eigentum erwerben kann, wird sich höchst wahrscheinlich nicht entfernen, so leidenschaftlich an der Bewegung beteiligen als der andere, der auf ein elendes Miethsgeschäft an-

gewiesen ist. Der ungeheure Mehrzahl der heutigen Sozialdemokraten, wie allen Menschen überhaupt, ist es durchaus nicht um die Verwirklichung dieser oder jener Theorie zu thun, sondern lediglich um ein einigermaßen behagliches Dasein. Wer ihnen das zu sichern vermag, dem werden sie mit der Zeit notwendig zusallen. Noch scheinen sie es überwiegend von der Thätigkeit ihrer gegenwärtigen Häupter zu erwarten. Wenn aber ein Mann, wie P. Bodenbriengh-Bielefeld, mit seiner exponierten Thatkraft und seinem scharfen Blick für das, was den Arbeitern wirklich Noth thut, die Schaffung billiger Arbeiterwohnungen in die Hand nimmt und damit ähnliche Erfolge erzielt, wie mit seinen Arbeiterkolonien, dann könnte diese Meinung früher oder später zu wadeln anfangen. Deshalb muß der Gedanke um jeden Preis verhindert werden. Wir glauben aber nicht an den dauernden Erfolg dieser Verdächtigungen, vorausegesetzt nur, daß die Sache der billigen Arbeiterwohnungen praktisch angefaßt wird und — daß sie nicht vereinzelt bleibt. Ein eigenes Heim ohne Sonntagsruhe würde dem Arbeiter nicht den zehnten Theil von dem bedeuten, was ihm mit dem freien Sonntage werden könnte und müßte.

Aachen, 11. Juli. Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten leitete Oberbürgermeister Pelzer mit folgenden Worten ein: „Zunächst möchte ich auch an dieser Stelle den Dank Sr. Kaiserl. und königl. Hoheit des Kronprinzen für das ihm bereitete Fest niederlegen. Der Kronprinz hat sich zu wiederholten Malen dahin geäußert, daß das Fest nicht nur ein glänzendes, sondern auch ein wahrhaft herzliches gewesen sei und ihm anvergleichlich bleiben werde. Ich kann nur konstatiren, daß unser hoher Guest es wohl bemerkte hat, wie durch alle Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied der Partei und religiösen Richtung und ohne Unterschied von arm und reich ein einziger Herzschlag während des ganzen Festes gegangen ist, daß die Häuser bis in die kleinsten Arbeiterwohnungen hinein geschmückt waren und gerade darin liegt die äußerst wohlthuende Erinnerung, die Sehnsucht. Hoheit von hier mitgenommen hat. Ich hoffe, daß die Tage des Festes keinen Anlaß zur Zwieträchtigkeit geben werden und daß jeder Versuch, Zwieträchtigkeit zu säen, erfolglos bleiben wird.“

Ausland.

Bern, 13. Juli. Die Zofinger Abteilung des nur aus schweizerischen Arbeitern bestehenden Grütlivereins hat gegen die neulich in Zürich stattgefundenen Versammlungen, welche dem Bundesrat wegen der Anarchisten-Ausweisung ihren Tadel ausgesprochen hat und von der Zürcher Abteilung des Grütlivereins einberufen gewesen sein soll, entschiedenste Bewahrung einzulegen beschlossen, weil, wie sie erklärt, „wir mit solchen ehrlichen, seligen Lumpen wie die Anarchisten und ihre Anhänger nichts zu schaffen haben wollen, und es vorziehen, unser Brod auf ehrlichem Wege zu verdienen und unsere Ziele mit ehrlichen und redlichen Waffen zu erlämpfen.“ Auch wurde der Antrag gestellt, jedes Mitglied, das mit den Anarchisten hält, sofort auszuschließen; denn der Grütliverein habe keine Beziehung zu den anarchistischen Neuhelmördern, sein Zweck sei deutlich und klar in den Zentralstaaten vorgezeichnet.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. Juli. Der Stettiner Lloyd veranstaltet mit seinem transatlantischen Passagierdampfer „Martha“ am Sonnabend, den 25. Juli, eine Extrafahrt von Stettin (resp. Berlin) nach Kopenhagen. Es dürfte dies eine der angenehmsten und interessantesten Extrafahrten sein, die seit langem hier arrangirt wurden. Während kleinere Fahrzeuge je nach der Stärke der Brise mehr oder weniger ein Spielzeug der Wellen bleiben und ihre Insassen nur allzuleicht mit der Seequalität belästigt werden, unterliegt der große von drei Seen (Wellen) getragene Dampfer „Martha“ nur außerordentlich geringen Schwankungen. Dürfte schon für viele ein großer Reiz darin liegen, die Fahrt mit einem großen, hauptsächlich dem Auswanderer-Verkehr nach Amerika dienenden Dampfer zu machen, so gewinnt die geplante Fahrt dadurch noch an Interesse, daß dieselbe am Tage unternommen wird und deshalb den Reisenden im weitesten Maße Gelegenheit bietet, die landschaftlichen Schönheiten der Oderufer und die Majestät des Meer-

